

14. Wunsiedler Forum:

Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus

Unter dem Motto „Die Würde des Menschen ist unantastbar – Bayern gegen Diskriminierung und Rassismus“ fand heuer das 14. Wunsiedler Forum statt. An dem Fachtag zu aktuellen Themen der Arbeit gegen Rechtsextremismus nahmen etwa 80 Vertreter aus Politik und Zivilgesellschaft aus ganz Bayern teil. Veranstalter des Wunsiedler Forums sind das Bayerische Bündnis für Toleranz, die Festspielstadt Wunsiedel und der Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge.

Die Themen Rassismus und Diskriminierung werden nach Experteneinschätzung inzwischen viel offener diskutiert als noch vor einigen Jahren. „Es gibt ein Problembewusstsein. Institutionen und Gruppierungen wollen sich mit dem Thema befassen“, erklärte Martin Becher, Geschäftsführer des Bayerischen Bündnisses für Toleranz. Seit dem Erstarken der Black Lives Matter (BLM) -Bewegung zögerten auch staatliche Stellen nicht mehr, das Thema Rassismus offen anzugehen. Dies sei ein völlig anderer Diskurs als noch vor fünf oder zehn Jahren. Die Sensibilität sei gewachsen, gerade auch viele junge Menschen gingen inzwischen an die Öffentlichkeit und trafen nicht mehr auf eine Mauer des Schweigens. „Es gibt einen Resonanzboden“, so Becher.

Vernetzung in einem geschützten Raum

Das Wunsiedler Forum wolle Vernetzung ermöglichen, fuhr der Geschäftsführer fort: Diejenigen, die sich gegen menschenfeindli-

che Einstellungen, gegen Abwertungen und damit auch gegen die extreme Rechte engagieren, aber nicht betroffen sind, müssten sich mit denen verbünden, die von Rassismus betroffen sind. „Die direkte Betroffenen müssen das Gefühl haben, dass sie nicht allein sind.“ Alltagsrassismus sei für sie alltäglich erlebter Rassismus. Für nicht direkt Betroffene bleibe er abstrakt. Diese Lücke gelte es zu schließen. Das Wunsiedler Forum wolle einen geschützten Raum bieten, damit beide Seiten sich begegnen könnten.

Bayerns Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann rief zum Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung im Land auf: „Wir müssen unsere Werte wie Menschlichkeit, Respekt und Toleranz jeden Tag aufs Neue verteidigen. Keiner darf bei rassistischen Anfeindungen und Alltagsdiskriminierungen tatenlos zusehen. Jeder Einzelne ist hier gefordert“, machte Herrmann mit Blick auf die besorgniserregenden Entwicklungen in den vergangenen Jahren deutlich. Die Bayerische Staatsregie-

rung habe mit dem Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechts-Extremismus eine Grundlage geschaffen, um Rassismus, Extremismus und Antisemitismus in Bayern schon im Ansatz zu verhindern, einzudämmen und zu verfolgen. So leiste beispielsweise die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) seit 2009 hervorragende Präventionsarbeit.

Der Minister unterstrich auch seine „Null-Toleranz-Haltung“ gegenüber Rassisten und Extremisten jeglicher Couleur bei der Bayerischen Polizei und betonte, dass Verfehlungen konsequent verfolgt werden. Zudem hob er die Bedeutung erfolgreicher Integration hervor: „Denn Diskriminierung trifft häufig dort auf fruchtbaren Boden, wo Vorurteile herrschen. Unsere vielfältigen Integrationsprojekte stärken das Verständnis zwischen den Kulturen und bauen Barrieren ab.“

Auf den gewachsenen Bedarf in vielen Institutionen, Antworten auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen wie Globalisierung und Protektionismus zu finden, Menschen vor Diskriminierung zu schützen und menschenfeindliche Orientierungen in die Schranken zu weisen, reagiert das Münchner Zentrum für Analyse, Beratung und Training „Den Menschen im Blick“ in Zusammenarbeit mit der LMU München. Wie Gründungsdirektorin Dr. Britta Schellenberg im Rahmen eines Workshops erläuterte, ist es das zentrale Ziel des Projekts, Grundlagen und praktisches Material dafür zu schaffen, Führungskräfte und Mitarbeitende von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen zu befähigen, souverän und professionell mit Beschäftigten und Klienten in einer zunehmend diversen Gesellschaft umzugehen und sie fit zu machen für einen sicheren Umgang mit rassistischen und andere menschenfeindlichen Orientierungen.

Die Expertise „Den Menschen im Blick – kompetent gegen Rassismus und Diskriminierung“ unterstützt Verwaltungen, kommunale Träger, Wohlfahrtsverbände und Unternehmen. Für die Entwicklung der Schulungen werden – je nach Zweckmäßigkeit und Kapazitäten – engere Kooperationen mit einzelnen Institutionen ausgelotet.

Onlineplattform

Der zweite Schwerpunkt des Projekts liegt in der Etablierung einer Onlineplattform. Hier werden internationale und interdisziplinäre Forschungsbefunde zum (Umgang mit) Rassismus vorgestellt und diskutiert, Erfahrungen aus der Alltagspraxis dargestellt sowie Projektergebnisse (pädagogische Handreichungen, Schulungsmodulare und multimediale Materialien) zur Verfügung gestellt.

„Qualifizierte Antidiskriminierungsberatung in der Praxis“ bietet unter anderem die Münchner Beratungsstelle BEFORE – Beratung und Unterstützung bei Diskriminierung, Rassismus und rechter Gewalt. Laut Antidiskriminierungsberaterin Lea Tesfaye kommen zu BEFORE zahlreiche Ratsuchende, die in ihrem beruflichen Umfeld diskriminiert werden. Starke Abhängigkeiten und steile Hierarchien begünstigen oft ein diskriminierendes Klima am Arbeitsplatz. Es brauche daher in allen Unternehmen Mechanismen zur Vermeidung von den Umgang mit Diskriminierungen wie Beschwerdemöglichkeiten und Unterstützung für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. **DK**

GZ PINOS WELT



„Endlich mal eine wegweisende Entscheidung, die des Preises würdig ist.“ Der Bürgermeister kommentierte die Vergabe des Friedensnobelpreises an zwei aufrechte Journalisten, die Philippina Maria Ressa und den Russen Dimitri Andrejewitsch Muratow. Damit wurden gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Erstens wurde auf die Bedeutung einer freien Presse in einer immer unfreier werdenden Welt aufmerksam gemacht. Zweitens auf die schleichende Erosion der Pressefreiheit überall auf der Welt, in Europa wie in Asien, in Afrika wie in Lateinamerika. Und drittens wurde durch die Preisvergabe an zwei profilierte, wenngleich über die Grenzen ihres Landes hinaus wenig bekannte Personen auch symbolisch ein im besten Sinne des Wortes universales Rechtsprinzip geehrt: Die Pressefreiheit als solche.

Denn wer erinnert sich schon noch an die

Die Bedrohung der Pressefreiheit

Preisträger der letzten Jahre? Barack Obama, der zu Beginn seiner Amtszeit den Preis erhielt und dann doch acht Jahre permanent Kriege führte. Der äthiopische Ministerpräsident, der voller guten Willens sein Land derzeit in Chaos und Hunger führt. Das Welternährungsprogramm der UNO, das als anonyme Organisation keine Emotionen hervorrufen konnte. Ärzte, Menschenrechtsaktivisten, Opfervertreter, die alle für sich genommen natürlich Herausragendes leisteten, aber keine umspannende Idee repräsentierten.

Da ist doch Freedom of the press, wie es der erste Zusatzartikel der US-Verfassung seit 1791 postuliert, ein ganz anderes Kaliber. Leider wurde die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit in den letzten Tagen und Wochen viel zu sehr von tagesaktuellen Themen gefesselt wie die Kanzlerwerdung des Cum-Ex-Schlupfes, das Scheitern Berlins von der Verwaltung bis zum Flughafen oder der dramatische Linksruck der SPD. Da war keine Zeit, sich mit der historischen Rolle der Presse und des Journalismus für die Entwicklung, Bewahrung und Stabilisierung von Demokratie und Freiheit zu beschäftigen.

Leider gibt es auch so gut wie keine Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass in vielen Ländern der Erde der Beruf des Journalisten einer der gefährlichsten überhaupt ist und schnurstracks ins Gefängnis führen kann. In Russland werden über die Jahre hin immer wieder Journalisten auf merkwürdige Weise getötet, und

auch der frischgebackene Nobelpreisträger Dmitri Muratow wurde vom Krenl schon davor gewarnt, sich als Preisträger nicht zu sicher zu fühlen und zu aufmüpfig zu werden. In der Türkei sitzen so viele Journalisten im Gefängnis wie in kaum einem anderen Land. In Afghanistan werden Reporter verprügelt und eingeschüchtert. In Ländern wie Kuba und China darf sowieso nur schreiben und senden, wer voll auf Staats- oder Parteilinie ist. (Das war übrigens auch in der DDR so, als die Partei alleine regierte, die jetzt in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ohne Not wieder mitregieren soll.)

Aber nicht nur Staaten, auch Kriminelle haben es auf Journalisten abgesehen. In Malta wurde eine mutige Frau in die Luft gejagt, in der Slowakei ein junger Mann samt Partnerin erschossen, weil sie in der Presse über illegale und korrupte Machenschaften berichtet oder dazu recherchiert hatten.

Wer sich über das gesamte Ausmaß der Bedrohung der Pressefreiheit weltweit und über die Gefahren, die Journalisten und Reportern rund um den Erdball drohen, informieren will, dem sei die Website www.reporter-ohne-grenzen.de ans Herz gelegt. Die Einblicke dort sind erschreckend.

Der Bürgermeister ärgert sich natürlich manchmal über den einen oder anderen Artikel in unserer Heimatzeitung. Wie sollte es anders sein? Aber er respektiert die Arbeit und freut sich darüber, dass die Menschen im Städtchen sich noch über das lokale Geschehen aus erster Hand informieren können. Denn wie sagte es der erste und letzte demokratisch gewählte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière: „Lokalzeitungen erklären Zusammenhänge anhand von kleinen Ereignissen und bringen damit die große Welt in die Wohnzimmer der Menschen“.

Ihr Pino



Minister Joachim Herrmann.

Bild: Projektstelle gegen Rechtsextremismus

Deutscher Nachbarschaftspreis 2021:

Wunschgroßeltern in Altmühlfranken

Die nebenan.de Stiftung verkündete die 16 Landessiegerprojekte des diesjährigen Deutschen Nachbarschaftspreises. Aus hundert Bewerbungen bundesweit wurde mithilfe von Expertenjürys das beste Nachbarschaftsprojekt für jedes Bundesland ausgewählt. In Bayern geht der Landespreis an die Initiative „Wunschgroßeltern in Altmühlfranken“ aus Weißenburg. Für ihr Engagement erhalten die Siegerprojekte ein Preisgeld von je 2.000 Euro.

Ziel des Deutschen Nachbarschaftspreises ist es, engagierte Initiativen zu würdigen, die sich für ihre Mitmenschen und ihre Nachbarschaft einsetzen und dadurch den sozialen Zusammenhalt stärken. Genau das leistet das Siegerprojekt „Wunschgroßeltern in Altmühlfranken“. Die Initiative vermittelt seit 2014 aktive Senioren und Seniorinnen aus der Nachbarschaft an Familien mit Kindern von null bis drei Jahren. Eine zentrale Koordinierungsstelle hilft dabei, dass Familien und Großeltern zueinander finden und begleitet den Kennenlernprozess. Das Projekt „Wunschgroßeltern in Altmühlfranken“ legt Wert auf einen leichten Zugang und ehrenamtliche Teilnahme. So entsteht eine familiäre Atmosphäre, von der alle drei Generationen sozial profitieren. Die nachbarschaftlichen Wunschgroßeltern holen zum Beispiel ihre Wunschkel aus der Kita, wenn die Eltern keine Zeit haben. Die gemeinsame Zeit mit den Kindern stellt für die

Wunschgroßeltern eine Bereicherung in deren Alltag dar.

Starkes Zeichen

„Die Landessiegerprojekte stehen stellvertretend für die vielen Menschen, die sich überall in Deutschland um ihre Mitmenschen und ihr lokales Umfeld kümmern. Sie tun das oft still und bescheiden, aber setzen dabei ein sehr starkes Zeichen für eine nachbarschaftliche Gesellschaft. Deshalb sollen sie viel mehr Aufmerksamkeit erhalten als die wenigen, aber sehr lauten, polarisierenden und spaltenden Stimmen in der Öffentlichkeit.“ Neben den Landessiegerprojekten werden beim Deutschen Nachbarschaftspreis auch fünf Themensiegerprojekte gekürt. Diese werden am 3. November 2021 bekanntgegeben. Details zu den Landessiegerprojekten unter <https://www.nachbarschaftspreis.de/de/Projekte/siegerprojekte-2021/>. **DK**

Schloss Steinenhausen:

Kompetenzzentrum für Strahlenschutz geplant

In Kulmbach soll schon bald ein neues Kompetenzzentrum für Strahlenschutz entstehen. Der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags hat entsprechenden Planungen zugestimmt. Das neue Strahlenschutz-Kompetenzzentrum soll an der Außenstelle des Landesamtes für Umwelt am Schloss Steinenhausen gebaut werden. Der Neubau wird eine Bruttogrundfläche von über 3.700 qm haben. 15 neue Arbeitsplätze sollen dorthin verlagert werden. Die Kosten für den Bau werden derzeit auf rund 33 Millionen Euro geschätzt.

„Der Freistaat Bayern hält Wort. Wie in der Heimatstrategie 2015 versprochen werden weitere Behörden in den ländlichen Raum verlagert. In diesem Fall wird ein wichtiges Kompetenzzentrum mit hochwertigen Arbeitsplätzen von Augsburg nach Kulmbach gebracht. Ein gutes Zeichen für die Region“, so der heimische Landtagsabgeordnete Martin Schöffel. Auch die Stadt Kulmbach hat bereits ihr OK für die weiteren Planungen gegeben.

Das Strahlenschutzlabor wird sowohl Messaufgaben, als auch Kontrollaufgaben beim Rückbau der Kernkraftwerke übernehmen.

Die Planungen für das Kompetenzzentrum sind noch in einem recht frühen Stadium. Nach der jetzigen Freigabe durch den Haushaltsausschuss wird die Planung vertieft fortgesetzt. Für den Baubeginn braucht es später eine weitere Genehmigung durch den Haushaltsausschuss. **DK**

Bezirk Mittelfranken:

Gefragte und neutrale Beratungsstelle

1996 mit Unterstützung des Bezirks Mittelfranken ins Leben gerufen, ist die Mittelfränkische Gesellschaft zur Förderung erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe e. V. (MER) bis heute eine neutrale und unabhängige Informations- und Beratungsstelle. Der Verein verfolgt den Zweck, die Entwicklung und die Nutzung erneuerbarer, umweltfreundlicher Energieversorgungstechnologien (beispielsweise Sonnenenergie, Wasserstoff, Windkraft), die Methoden der rationellen Energienutzung und ihre Anwendung unter Praxisbedingungen in Mittelfranken zu fördern. Der Verein arbeitet eng mit dem Netzwerk Erneuerbare Energien Westmittelfranken zusammen. In seiner jüngsten Sitzung hat sich der Bezirksausschuss einstimmig dafür ausgesprochen, die zukunftsorientierte Arbeit der MER auch in diesem Jahr mit einer Förderung in Höhe von 25.600 Euro zu unterstützen. **DK**